

„Wichtig, dass jemand aufsteht“

HALL Bei einer Kundgebung in Hall haben zahlreiche Menschen gezeigt, was sie von der rassistischen Botschaft gegen eine Migrantenfamilie halten. Im Internet geht der Hass weiter.

Von Renate Perktold

Dienstagabend am Oberen Stadtplatz in Hall. Einige hundert Menschen haben sich friedlich in einem Halbkreis aufgestellt, vereinzelt halten sie Schilder hoch. „Wir alle sind Hall“ steht darauf geschrieben oder „Kein Platz für Rassismus“. Solidarisch stellt sich die Menge gegen einen fremdenfeindlichen Zwischenfall, der in der vergangenen Woche österreichweit für Schlagzeilen gesorgt hat.



Foto: Thomas Böhm/TT

„Es dominieren Angst und Scham, weil die Betroffenen der Situation ausgeliefert sind.“

Mirjana Stojaković
Geschäftsführerin ZeMIT

In der bunt gemischten Menge aus Jung und Alt steht auch jene Familie, für die sich die anderen versammelt ha-

ben: Ihnen wurde während des Fastenmonats Ramadan ein Schweinskopf und eine beleidigende Botschaft vor die Tür gelegt. Die Eltern und ihre Kinder halten sich im Hintergrund, haben immer noch Angst. Nur nicht auffallen. Nicht noch mehr Hass auf sich ziehen.

Denn der Schweinskopf war kein Einzelfall, wie der Mitorganisator der Kundgebung, Orhan Gürcan, erzählt. „Da sind mehrere Sachen passiert. Wir sind der Meinung, dass die Behörden viel zu wenig getan haben“, prangert er an. „Nur wenn die Behörden schnell reagieren, können solche Fälle verhindert werden“, ist er überzeugt.

Grenze überschritten

Die Menschen stehen aber nicht nur hier, um der betroffenen Familie ihre Solidarität zu zeigen. Es geht den Anwesenden darum, strukturellen Rassismus in der Gesellschaft aufzuzeigen und dagegen aufzustehen. „Mit diesem Vorfall wurde eine Grenze überschritten. Der Hass fällt nicht einfach vom Himmel. Er hat Wegbereiter. Seit Jahrzehnten erleben wir, wie rechte Parteien systematisch Gift in unsere Gesellschaft träufeln“, bringt es Bernd Leidlmair auf den Punkt. Als führender Vertreter der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter (FSG) setzt er sich aktiv gegen Rassismus im Berufs- und Arbeitsalltag ein.

Seine Worte sind kaum verhallt, da sammelt sich das Gift andernorts schon weiter: Hunderte Kommentare in den sozialen Medien kritisieren die Kundgebung mit Worten voller



Bei einer Kundgebung in Hall setzten zahlreiche Menschen am Dienstagabend ein klares Zeichen gegen Rassismus. Fotos: Rita Falk/TT



Abwertung und Fremdenfeindlichkeit. „Welches Gesindel geht da auf die Straße?“, „Ihr Demonstranten seid einfach dumm“ oder „Geht arbeiten, demonstrieren könnt ihr in eurem Heimatland“ sind noch die harmlosesten Kommentare, die sich in den Meinungsspalten sammeln.

Wenig überrascht von der Hetz-Welle im Internet zeigen sich Mirjana Stojaković und Songül Öztürk vom „Zentrum Migration Integration Teilhabe“ (ZeMIT) in Innsbruck. „Das wundert mich gar nicht. Wenn die betroffene Person nicht gegenübersitzt, schreibt sich schnell eine Hassmeldung. Außerdem kann man das Feedback ignorieren“, sagt Öztürk. Auch der Algorithmus in sozialen Medien sei nicht zu

„Heute hat man in Hall gemerkt, dass Rassismus und Hetze hier nichts verloren haben.“

Mesut Onay
Alternative Liste (Ali)

unterschätzen, ergänzt sie. „Plötzlich bekommt man nur noch solche Meldungen ausgespielt und stumpft regelrecht ab.“ Stojaković, die neben dem ZeMIT auch die Antirassismus Arbeit Tirol (ARA) leitet, spricht von einer Zunahme alltagsras-

sistischer Vorfälle. Von den 4000 KundInnen, die die Anlaufstelle jährlich berät, berichte jeder vierte oder fünfte davon. „Die Reaktionen reichen von direkter Angst um Leib und Leben über Schock bis hin zu Gleichgültigkeit, weil das, wie die Betroffenen sagen, ohnehin nichts Neues für sie ist.“

Sie bemerkt aber, dass solche Vorfälle auch bei jüngeren Menschen mit guter Ausbildung, die in Österreich geboren wurden und bestens integriert sind, Spuren hinterlassen. „Die fragen sich plötzlich: Gehöre ich wirklich hierhin? Wie viel Integration ist eigentlich noch nötig, um dazuzugehören?“

Die Antwort auf rassistische Übergriffe im Alltag sei Zivilcourage, glaubt Stojaković: „In so einer Situation dominieren

Angst und Scham, weil die Betroffenen der Situation ausgeliefert sind und nicht noch weiter auffallen wollen. Deshalb ist es wichtig, dass jemand aufsteht und etwas dagegen sagt“, betont sie.

Oder dass man sich offen gegen diese Form der verbalen Gewalt stellt, wie es die Demonstranten am Dienstagabend in Hall tun. Dort steht neben anderen Politikern auch der Innsbrucker Gemeinderat Mesut Onay (Alternative Liste), der in seiner Jugend in Hall gelebt hat. „Ich habe hier immer gute Nachbarschaft kennen gelernt“, betont der Politiker. Umso schöner findet er das Zeichen, das an diesem Abend gesetzt wird. „Heute hat man gemerkt, dass Rassismus und Hetze hier nichts verloren haben.“

Mattle fordert Unterstützung für Justizanstalt

Der Landeshauptmann will den Aufschrei der Gewerkschaft ernst nehmen. Diese hatte vor einem Kollaps gewarnt.

INNSBRUCK Ein Appell oder eine Mahnung haben offenbar nicht mehr gereicht. Wegen der Zustände im Innsbrucker Gefängnis sah sich die Tiroler Justizwachgewerkschaft gezwungen, eine „formelle Gefahrenanzeige“ zu erstatten. In dem Schreiben, das, wie berichtet, auch an Landeshauptmann Anton Mattle (ÖVP) und Justiz-

ministerin Anna Sporrer erging, heißt es, dass das System „sehenden Auges dem Kollaps“ zusteure.

„Muss ernst genommen werden“

Mattle fordert jetzt Unterstützung für die Belegschaft des Gefängnisses. „Der Aufschrei muss ernst genommen werden“, sagt er. Vielfach würde

der Einsatz der Justizwachbediensteten „übersehen und verschwiegen“. Der Landeshauptmann kündigt an, „die vorgebrachten Punkte an die Justizministerin heranzutragen“ zu wollen. „Es braucht Antworten auf die aufgeworfenen Fragen, Verbesserungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Lösungen für die

angesprochenen Probleme“, erklärt Mattle.

Der Hauptkritikpunkt der Gewerkschaft: fehlendes Personal. Dieser Umstand führe unter anderem dazu, dass die „Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung“ aktuell nicht mehr gewährleistet sei. Dem widerspricht das Justizministerium vehement, eine

solche Gefahr habe „zu keinem Zeitpunkt“ bestanden, teilt es in einer schriftlichen Stellungnahme mit.

Angespannte Personalsituation

Die Personalsituation sei aber schon angespannt, da „mehrere Planstellen“ unbesetzt seien. „Die Justiz setzt bundesweit eine Vielzahl an Recruiting-

maßnahmen, etwa die Beteiligung an Berufsmessen.“

Auch vor den Folgen der geplanten Übernahme des Frauentraktes mit 40 Plätzen vom Polizeianhaltezentrum hat die Gewerkschaft gewarnt. Vom Ministerium heißt es dazu, dass „interne Abstimmungen stattfinden, da noch Sanierungsarbeiten durchzuführen sind“. (bft)